

12
17**DIE LINKE**

Sozialistische Monatschrift für Dresden

**Das
Leben
des Brian**Schauburg
24. Dezember
Beginn: 9:00 Uhr
Eintritt frei**EDITORIAL**

von Jacqueline Muth

In den vergangenen beiden Ausgaben spielte die Auswertung und Nachbereitung der Bundestagswahl eine große Rolle, nun sollten wir den Blick wieder nach vorn und gleichzeitig nach innen – in unseren Stadtverband – richten.

Es gibt viel zu tun. Einerseits sind die bevorstehenden Wahlen nicht mehr allzu fern – Landtagswahlen im Herbst 2019, Kommunal- und Europawahlen im Frühsommer 2019. Andererseits haben wir uns eine kurze Verschnaufpause verdient, um Kraft zu schöpfen und uns anderen wichtigen Aufgaben zu widmen.

Eine dieser wichtigen Aufgaben ist es, den vielen Neumitgliedern in unserem Stadtverband eine politische Heimat zu geben. Etliche haben bereits im Wahlkampf tüchtig mit angepackt, sind mit ihren Ideen und ihrem Mitwirken dankbar aufgenommen worden. Vielleicht konnten im Trubel einige Fragen beantwortet werden, andere blieben offen. Diese sollen nun beantwortet werden.

Zugleich werden wir uns verstärkt mit den Fragen beschäftigen müssen, die uns die momentane politische Situation aufgibt. Wichtig finde ich hier wiederum, den Blick vom Inneren der Partei so oft es geht auf die äußeren Notwendigkeiten zu lenken und gemeinsam die Ziele der LINKEN zu verfolgen, die wir uns selbst in demokratischen Prozessen aufgegeben haben.

Wenn wir das Jahr 2018 dazu nutzen, uns noch besser kennenzulernen und unsere Ziele zu schärfen, dann werden wir gut auf das Wahljahr 2019 vorbereitet sein.

Ich danke allen Mitgliedern, dass Ihr mich auf dem Parteitag am 18. November zur stellvertretenden Vorsitzenden im Stadtverband DIE LINKE, Dresden gewählt habt und freue mich auf unsere gemeinsame Zeit.

muth@dielinke-dresden.de

Vorwärts mit neuen Ideen



Das sind unsere Neuen, die von unserer Bundesvorsitzenden Katja Kipping (im Foto rechts) und vom wiedergewählten Stadtvorsitzenden Jens Matthis (im Foto links) auf der 2. Tagung des Stadtparteitags herzlich begrüßt wurden
Foto: Robert Wünsche

von Jens Matthis

Als ich vor dem Stadtparteitag einen Stapel von 42 neuen Mitgliedsausweisen unterschrieben habe, von denen 36 auf Mitglieder ausgestellt waren, die nach der Bundestagswahl beigetreten sind, ist mir die Größe unserer Chance, aber auch die Größe der Aufgabe bewusst geworden. Wenn man mit diesen neuen Mitgliedern redet, was sie denn bewegen hat, ausgerechnet jetzt der LINKEN beizutreten, hört man sehr oft, dass es gerade die beängstigende Rechtentwicklung in Deutschland und Europa oder zum Beispiel auch in den USA zu der Erkenntnis geführt hat: Ich muss jetzt aktiv etwas dagegen tun. Für viele bestand das „Etwas tun“ genau darin, in diesem Beitritt zur LINKEN, in dieser im wörtlichen Sinne Parteinahme. An mehr hatten viele dabei noch gar nicht gedacht. Und richtig, angesichts der Tatsache, dass in Ostdeutschland überhaupt nur ein Prozent der erwachsenen Bevölkerung einer Partei angehört, ist natürlich die mit einem finanziellen Beitrag untermauerte Mitgliedschaft als solche gar nicht gering zu schätzen. Allein, wollen wir an den gesellschaftlichen Verhältnissen wirklich etwas ändern, müssen wir wohl oder übel den größeren Teil der neuen Genossinnen und Genossen davon überzeugen, dass mit der Mitgliedschaft die Arbeit erst anfängt. Dass

eine Partei nur politisch wirksam sein kann, wenn deren Mitglieder regelmäßig politisch wirksam sind. Das müssen wir übrigens nicht nur den Neuen vermitteln, sondern es uns allesamt immer wieder in Erinnerung rufen. Die zu leistende politische Arbeit ist vielfältig. Vor der LINKEN in Dresden stehen derzeit drei wichtige Aufgaben:

Erstens muss auf der Basis der Auswertung der Bundestagswahlkampagne ganz schnell ein Konzept entwickelt werden, wie wir bis 2019 unter Einbeziehung der vorhandenen Potenziale und der vielen neuen Mitglieder zu deutlich aktions- und kampagnefähigeren stadtweiten Strukturen kommen. Dieses Konzept muss dann mit allen besprochen und vor allem umgesetzt werden. Dazu gehört auch eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit.

Zweitens müssen wir gemeinsam mit der Stadtratsfraktion und mit unseren beiden Bürgermeisterinnen zielgerichtet darauf hinwirken, dass die Stadtratskooperation in einer Weise fortgesetzt wird, die dazu führt, dass viele Dresdnerinnen und Dresdner 2019 gute Gründe haben, uns wieder zu wählen. Klipp und klar: Die sozialen und kulturellen Errungenschaften die-

ser Kooperation müssen an der Wahlurne gegen einen rechten Rollback verteidigt werden.

Drittens müssen wir uns intensiv auf die Kommunalwahlen 2019 vorbereiten. Dazu gehört sowohl die Erarbeitung eines zeitgemäßen und glaubwürdigen Kommunalwahlprogrammes, also auch die zielgerichtete Gewinnung von weit über hundert Kandidatinnen und Kandidaten für die Stadtratswahl und die Ortschaftsratswahlen.

Die Weiterentwicklung unseres Stadtverbandes zu einer politisch schlagkräftigen Mitglieder- und Kampagnenpartei wird nur gelingen, wenn alte und neue Mitglieder daran Hand in Hand mitarbeiten. Die Neuen brauchen zwingend die politischen Erfahrungen der Alten und die Alten die vorwärtstreibenden neuen Ideen der Neuen. Aber beide werden etwas Zeit und Geduld brauchen, sich aufeinander einzustellen.

An weniger Arbeit für den Einzelnen ist deshalb nicht zu denken. Stattdessen müssen alle in der nächsten Zeit etwas zulegen. Nur so werden wir vorwärtskommen.

Gedanken zum Landesparteitag

Keine wirklichen Antworten

von Tilo Kießling

Ich bin gebeten worden, als Delegierter des Stadtverbandes Dresden einige Gedanken zum 14. Landesparteitag der sächsischen LINKEN für unsere Zeitung aufzuschreiben. Gern würde ich einen optimistischen Bericht abliefern, der uns Mut macht für die nächsten Auseinandersetzungen und der zeigt, dass unsere Landespartei auf einem guten Weg ist. Allein, es wollte mir nicht gelingen. Es trifft sich also gut, dass auch Silvio Lang einen Bericht zum Parteitag schreiben soll. Ich gratuliere ihm zu seiner Wahl als stellvertretender Landesvorsitzender und wünsche ihm die nötige Kraft, um aus der Situation das Beste zu machen.

Das freundlichste Wort, mit dem ich meine Eindrücke beschreiben kann, ist Verwunderung.

Ausgangspunkt meiner Gedanken ist die Situation nach der Bundestagswahl: DIE LINKE scheint in Sachsen keine Fähigkeit mehr zu besitzen, unzufriedene Wählerinnen und Wähler für sich zu gewinnen. Sie hat in erheblichem Umfang Stimmen verloren. Lichtblicke finden sich nur insoweit, als es sich um

bundesweite Trends handelt: Gewinne in Gebieten mit junger weltoffener Bevölkerung führten zu einem Direktmandat, eine große Zahl von Eintritten insbesondere im unmittelbaren Umfeld der Bundestagswahl ist zu verzeichnen. Es gibt aber keine sächsische Spezifik, nichts, was unser Landesverband als eigenen Beitrag zu positiven Entwicklungen beitragen könnte.

In dieser Situation wurde uns ein Personalwechsel vorgeschlagen, der dem Prinzip "Never change a winning team" folgen sollte. Eine gute Idee, wäre es ein Gewinnerteam gewesen. Das war es aber nicht, und ich will nur an zwei der gravierendsten politischen Fehler erinnern, die in der Verantwortung des nunmehr früheren Landesvorsitzenden und seiner nunmehr früheren Landesgeschäftsführerin lagen.

Das war zum einen die Idee einer sächsischen Schuldenbremse, ein Vorgang, bei dem man geradezu katzbuckelnd darum bat, in die erlauchten Hallen sächsischer Macht eingelassen zu werden. Und es war die presseöffentlich vorgenommene Ausrichtung des



Foto: DIE LINKE. Sachsen

jüngsten Landtagswahlkampfes auf eine scheinbar zufriedene sächsische Bevölkerung. Die Ergebnisse sprachen für sich.

Der Zustand unserer Partei ist gut damit zu beschreiben, dass sich trotz dieser Misserfolgsbilanz bis kurz vor Schluss niemand fand, der gegen Antje Feiks kandidieren wollte. Umso bewundernswerter, dass André Schollbach es dann kurz vor Schluss tat, umso unerträglicher die sofort einsetzenden Angriffe auf seine Person, die offen und verdeckt erfolgten und umso trauriger aus meiner Sicht, dass seiner Kandidatur kein Erfolg beschieden war.

Ebenso verwunderlich war der thematische Schwerpunkt, der von den führenden Genoss*innen auf dem Parteitag gesetzt wurde. Das war, allen Ernstes, der "ländliche Raum".

Nicht, dass ich nicht um den oft schwierigen organisatorischen Zustand unserer Partei im ländlichen Raum wüsste und nicht, dass ich dies nicht für ein dringend zu bearbeitendes Thema hielte, aber dies nun zum Hauptthema des er-

sten Parteitages nach der Wahl werden zu lassen war aus meiner Sicht geradezu lächerlich. So schwingen die Diskussionen zu diesem Schlagwort dann auch hin und her zwischen der Verbesserung der Parteiarbeit dort und grundsätzlichen politischen Fragen des ländlichen Raumes. Wirkliche Antworten hatte niemand, aber immerhin sind den Kreisverbänden schon einmal 100.000 Euro aus der Parteikasse versprochen worden. Woher die kommen sollen, blieb allerdings offen. Wofür sie genau verwendet werden sollen, auch.

Ich habe zwar von diesem Parteitag eine Menge Gedanken und Anregungen mitgenommen, habe die Reden mutiger Genossinnen und Genossen gehört, die von ihrer alltäglichen Arbeit berichteten, habe dem wogenden Abstimmungskampf um Vorstandsposten zugeschaut, der seltsam ritualisiert daherkam in gekünstelten Fürsprachen und übertriebenem Beifall, wenn die Bewerbenden aus dem eigenen Lager kamen, aber Optimismus war dort für mich wenig. Den werde ich mir wohl weiterhin bei uns im Stadtverband holen müssen



Der neu gewählte Landesvorstand

Foto: Marion Junge

Neuer Landesvorstand DIE LINKE. Sachsen und weitere Gremien

Vorsitzende:

Antje Feiks

Stellv. Vorsitzende:

Dr. Jana Pinka, Silvio Lang

Landesschatzmeister:

Bernd Spolwig

Sprecherin für Gleichstellung und feministische Politik:

Anja Eichhorn

Jugendpolitischer Sprecher:

Christopher Colditz

Landesgeschäftsführer:

Thomas Dudzak

Weitere Mitglieder:

Cornelia Falken

Franziska Fehst

Elisa Gerbsch

Jayne-Ann-Igel

Kathrin Kagelmann

Dagmar Weidauer

Michael Eichhorn

Lars Kleba

Lutz Richter

Heiko Rosenthal

Alexander Weiß

Landesschiedskommission:

Claudia Jobst

Christine Pastor

Sabine Pester

Nico Brachtel

Heinrich Ruynat

Max Wegener

Tilo Wirtz

Finanzrevisionskommission:

Rita Kunert

Eva Sehart

Gisela Wedekind

Stefan Schäfer

Eberhard Sehart

Wolfgang Siegel

Wir gratulieren allen gewählten Mitgliedern und wünschen besonders unseren Dresdner GenossInnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit!

Wo geht's „Zur Sonne, zur Freiheit“?

von Silvio Lang

Der Name des Tagungsobjektes versprach viel Komfort: das Luxor in Chemnitz, ein ehemaliges Filmtheater, 1929 eröffnet. Diese Erwartungen konnten zwar nicht erfüllt werden, die 2. Tagung des 14. Landesparteitages wird aber dennoch als Zäsur in die noch junge Geschichte unserer Partei in Sachsen eingehen.

Erstmals, soviel war vorher klar, schied ein Amtsinhaber auf Grund der in der Satzung verankerten Soll-Bestimmung aus seinem Amt aus, die da besagt, niemand solle länger als 8 Jahre ein Parteiamt ausführen. So war es an Rico Gebhardt, mit seiner letzten Rede als Landesvorsitzender den Parteitag zu eröffnen. Der Partei, die er selbst zunächst als Geschäftsführer und dann als Landesvorsitzender 13 Jahre geführt hatte, bescheinigte er dabei, oft „zu langsam, zu technokratisch, zu einfalllos, zu angepasst, kurz: zu langweilig“ zu sein.

„Der ländliche Raum“

Sein Vorschlag, als neue Landesvorsitzende Antje Feiks zu wählen, sollte deshalb gleichzeitig für Kontinuität und neues Denken an der Spitze des Landesverbandes stehen. 104 von 184 anwesenden Delegierten überzeugte dies bei der Wahl zur neuen Landesvorsitzenden, Gegenkandidat André Schollbach aus unserem Stadtverband erhielt 75 Stimmen, 6 Delegierte enthielten sich.

Am Ende gaben wohl vor allem die unterschiedlichen Fokussierungen beider Kandidierenden bei ihren Vorstellungsrreden den Ausschlag: Während André sich hauptsächlich auf den politischen Gegner CDU konzentrierte, verwendete Antje den Hauptteil ihrer Rede auf die innerparteilichen Aufgaben.



Foto: Max Kretzschmar

Auf dem gesamten Parteitag spielte ein Schlagwort die Hauptrolle, sowohl bei der Analyse der Wahlergebnisse in Sachsen, der Debatte zum Leitantrag, als auch bei fast jeder Kandidaturrede: der viel beschworene „ländliche Raum“. Dass DIE LINKE in Sachsen außerhalb von Dresden und Leipzig deutlich schlechtere Wahlergebnisse eingefahren hat, ist dabei der unstrittigste Diskussionsgegenstand – was daraus aber folgt, bleibt weiter Diskussionsgegenstand. Mit dem Leitantrag wurde nun eine „Initiative ländlicher Raum“ beschlossen, für die 100 000 Euro zur Verfügung gestellt werden sollen.

Bei den Wahlergebnissen zum Landesvorstand zumindest spielte die Repräsentanz des ländlichen Raumes für die Delegierten eine geringere Rolle: 12 von jetzt nur noch 18 Landesvorstandsmitgliedern wohnen in Dresden, Leipzig

oder Chemnitz. Mit Plauen, Mittel- und Nordwestsachsen sind drei Landkreiseverbände gar nicht repräsentiert. Auch ein Vertreter der sorbischen Minderheit findet sich nicht mehr im Landesvorstand, genauso wenig wie ein Mensch mit Behinderung. Das alles ist keine Kritik an der Wahl der Delegierten. Es soll nur verdeutlichen, dass ganz offensichtlich für die Wahlentscheidung und die dann vermutete politische Arbeit der/des gewählten Kandidat_in die Repräsentanz einer bestimmten Gruppe nur eine untergeordnete Rolle spielt.

Zur Sonne, Zur Freiheit

Wie der neue Landesvorstand die nötigen Schritte im Hinblick auf die Wahlen 2019 (oder doch schon 2018?) angeht, wird sich zeigen müssen. Seine Besetzung spiegelt zumindest die Mehrheitsverhältnisse im Landesverband wieder,

die sich auch bei der Vorsitzendenwahl gezeigt haben. Nach innen wird seine Aufgabe deshalb vor allem darin bestehen müssen, bei wichtigen Entscheidungen alle zu integrieren und mitzunehmen. Dafür muss wieder mehr Wert auf den solidarischen innerparteilichen Umgang unter Genoss_innen gelegt werden, gerade wenn diese einmal nicht die eigene Meinung teilen und Minderheitenpositionen einnehmen.

Gleichzeitig wird der gesamte Verband wieder stärker lernen müssen, kontroverse Positionen auszuhalten, gerade weil sich über 8.000 Mitglieder – viele davon erst seit wenigen Jahren dabei – nicht immer einig sein müssen und können. Der Weg „Zur Sonne, Zur Freiheit“, so das Parteitagsmotto auf der großen Leinwand, will also gefunden werden. Tun wir unsere Bestes, um ihn gemeinsam im Landesverband zu beschreiten.

Dokumentiert

Stadtparteitag DIE LINKE. Dresden

Stadtvorstand DIE LINKE. Dresden Ältestenrat

Vorsitzender:

Jens Matthis

Stellv. Vorsitzende:

Jacqueline Muth, Jenny Kunkel

Stadtschatzmeister:

Sebastian Schindler

Jugendpolitischer Sprecher:

Florian Berndt

Weitere Mitglieder:

Anne Holowenko

Sarah Wiedermann

Kristin Dänhardt

Anne Gieland

Heidrun Angermann

Sarah Buddeberg

Lisa Brockmeyer

Andrea Heine

Uwe Schaarschmidt

Albrecht von der Lieth

Tilo Kießling

Magnus Hecht

Marcel Rietschel

Birger Höhn

Florian Naumann

Dr. Joachim Adolphi

Helga Brand-Kästel

Monika Haser

Dr. Rainer Hollasky

Christa Kafka

Dr. Rainer Kempe

Rolf Klemm

Rotraut Näther

Andreas Weder

Mathias Thalheim

Delegierte zur Landesseniorenkonferenz

Dr. Joachim Adolphi

Helga Brand-Kästel

Monika Haser

Christa Kafka

Dr. Rainer Kempe

Heidegund Winkler

Rotraut Näther

Waldemar Peine

Dieter Gaitzsch

Gudrun Erfurt

Sonja Reichert

Günther Reichert

Finanzrevisionskommission

Dr. Wilfried Trompelt

Max Freudenberg

Norman Fischer

Michael Rammler

Allen gewählten Mitgliedern gratulieren wir sehr herzlich und wünschen viel Erfolg in der politischen Arbeit!

Herzlich willkommen!

In den vergangenen Monaten haben wir in Dresden viele Neumitglieder begrüßen können, die wir Euch gerne in den kommenden Ausgaben unserer Zeitung vorstellen wollen.

*Warum DIE LINKE?
Und warum gerade jetzt?*

DIE LINKE ist für mich die einzige Partei, die die richtigen Ansätze für die Probleme unserer Zeit und unser aller Zukunft hat und dabei auch tatsächlich politisch etwas bewegen kann durch Größe, Stärke und Präsenz.

Die Ergebnisse der letzten Bundestagswahl waren für mich der final nötige Anstoß um einzutreten. Sympathisiert habe ich schon viele Jahre und bei Wahlen auch immer meine Kreuze ausschließlich bei DIE LINKE gemacht, doch dachte ich mir „Ach, die kommen auch gut ohne mich aus...“. Nun war aber für mich der Zeitpunkt gekommen, den üblichen „Facebook-Aktivismus“ durch ein großes Stück konkrete und praktische Stärkung der Partei zu ergänzen.

Was sind Deine Vorstellungen, in der LINKEN mitzumischen und aktiv zu werden?

Da ich der Auffassung bin, dass ich und viele andere Menschen mit ihrem Potential in Zukunft mehr bewegen können, als es ihnen in einer typischen full-time-Erwerbsarbeit ermöglicht wird, ist das Bedingungslose Grundeinkommen für mich ein ganz spannendes Thema. Es ist zwar gesellschaftlich schon sehr präsent, wird aber auch innerparteilich noch sehr kontrovers diskutiert. Hier möchte ich unterstützen das Thema weiter voranzubringen, in den Köpfen sowie in der Debatte. Ich sehe mich (als beruflicher Werbefachmann) vor allem als Kommunikator. Die wissenschaftliche Arbeit am Thema muss ich anderen überlassen. Da sind Viele deutlich besser geeignet. :-)

Außerdem gibt es ein weiteres Thema, was sich in den ersten Tagen nach



Ronald Kämmerer

Ronald Kämmerer, 30 Jahre

Medien Designer, DJ & Produzent

Politische Interessen: Kunst, Kultur, Medien, Bedingungsloses Grundeinkommen, Umverteilung, Tierschutz und Tierrechte, Umweltschutz

meinem Eintritt für mich aufgetan hat: Das „Onboarding“ von neuen Genossen und Genossinnen. Hier fehlt es in meinen Augen noch an konkreten Strukturen, Prozessen und Handreichungen um den Neuen schnellst und bestmöglich eine produktive Mitarbeit zu ermöglichen. Das fängt für mich mit klarer

Visualisierung der Strukturen, Anlaufstellen und Ansprechpartner an, geht weiter mit der Möglichkeit einfacher Informationsbeschaffung zum klären der elementaren Fragen wie das Was, Wann, Wo und/oder Wie. Auch die Schaffung einer Gruppe oder Position als Onboarding-Ansprechpartner für „Neue“ finde

ich sinnvoll. Hier muss ich aber selbst erstmal einen Überblick bekommen und vor allem noch schauen, wie sich mein Zeitmanagement als Vollzeitangestellter, nebenberuflicher Selbstständiger und „Hobby-Genosse“ entwickelt.

Wo soll DIE LINKE in der Gesellschaft wirksam werden?

Überall! Vor allem aber in den Köpfen der Menschen...

Wo muss DIE LINKE offensiver werden?

In meinen Augen fehlt im öffentlichen Auftritt unserer Partei noch zu großen Teilen das Thema Umweltschutz und Ökologie. Eine gesunde Gesellschaft muss nicht nur sozial gerecht, friedlich, antikapitalistisch und antifaschistisch sein, sondern auch im Einklang mit der Natur leben und den eigenen Lebensraum erhalten. Der Klimawandel ist das größte Thema unserer nahen Zukunft für die gesamte Menschheit, das sollte also auch stärker bei uns als Partei thematisiert werden. Wir sind ja immerhin ein Gesamtpaket als politische Lösung.

Auch muss in meinen Augen DIE LINKE stärker daran arbeiten, buchstäblich die Mauer aus den Köpfen der potentiellen Wähler zu bekommen. Leute mit gesundem Menschenverstand teilen meistens zwangsläufig viele unserer Ansichten. Wenn ich aber mit meinem Umfeld darüber spreche, sich doch für DIE LINKE zu engagieren (an der Wahlurne, aber auch praktisch), höre ich oft Vorurteile von Stasi und Mauerbau. Hier ist in meinen Augen noch Potential an Aufarbeitung und Aufklärung, vor allem in der Öffentlichkeit.

Dank an Ortsbeirat Waldemar Peine

Seit über 20 Jahren war der Plauener als Ortsbeirat aktiv. Eine Würdigung seiner politischen Arbeit.

von Gerold Wagner

Noch vor der Kommunalwahl 1994 gab eine Plauener Ortsbeirat ihre Wohnsitz in Dresden auf, und Waldemar Peine übernahm ihr Mandat. Seither ist er ununterbrochen Mitglied des Ortsbeirates Plauen gewesen. Waldemar Peine ist jetzt im Oktober 2017 80 Jahre alt geworden. Dazu sei ihm auch an dieser Stelle herzlich gratuliert.

Waldemars Ausscheiden aus dem Ortsbeirat Plauen hinterlässt eine große Lücke, naturgemäß hauptsächlich bei uns Linken, aber auch für den gesamten Ortsbeirat. Das werden auch diejenigen ehrlich anerkennen, die sich – gleich mir manchmal – an Waldemars schroffem Auftreten gestoßen haben und ihn in einer impulsiven Gegenreaktion als „unmöglich“ einstufen. Nun, das schroffe Auftreten geschah selten, und es ist immer seltener geworden. Es ist ein Nichts im Gegensatz zu dem, was Waldemar im Ortsbeirat

und für uns Linke in der langen Zeit von mehr als 20 Jahren geleistet hat. Die detaillierte Darstellung von Waldemars Arbeit für uns Linke im Ortsverband und im Ortsbeirat Plauen würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen. Es seien deshalb nur schwerpunktartig Waldemars wichtige Tätigkeitsfelder und -merkmale aufgeführt. Vor 20 Jahren beteiligte er sich an dem damaligen Schwerpunkt Jugendarbeit. Nachdem die Arbeit der Streetworker in die Schaffung des Kinder- und Jugendhauses im ehemaligen Empfangsgebäude des Bahnhofs Plauen gemündet war, hat Waldemar sich dort oft mit den Beteiligten ausgetauscht, bevor entsprechende Themen im Ortsbeirat behandelt wurden. Besonders bei den Beratungen des Schulnetzplanes 2012 hat Waldemar das Gespräch zu Schulleitern, Lehrern und Schülern gesucht und erreicht, dass ihre Meinungen und Standpunkte im Ortsbeirat Plauen nicht übergangen

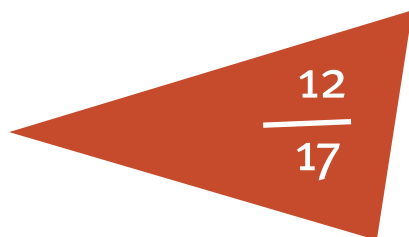


W. Peine mit Frau Reekmann beim Gedenk-Symposium 2017

wurden. Die mehrmalige Thematisierung der Lärm- und Feinstaubbelastung auf der Nürnberger Straße wurde durch ihn angeregt. Waldemars Einsatz für die Denkmalkultur ist hervorzuheben. Neben seiner Beteiligung an den Thälmann-Gedenkveranstaltungen und Aktionen für die Aufstellung des Gedenksteins für Soja Kosmodemjanskaja ist es Waldemars Verdienst, dass wir das Umfeld des Denkmals für Fritz Schulze am Hohen Stein pflegen. In bewundernswerter Kleinarbeit hat Waldemar Peine maßgeblich das Symposium

zum 75. Jahrestag der Hinrichtung von Fritz Schulze, Karl Stein, Albert Hensel und Herbert Bochow organisiert, an dem sich viele mit dieser Tragödie Befassende quer durch die Gesellschaft beteiligten. Bei einem Problem konnte Waldemar Peine keine spürbaren Veränderungen erreichen: Die beengten Verhältnisse der Stadtteilbibliothek Südvorstadt waren für ihn ein Dauerthema. Die dortigen Bibliothekarinnen wissen um seine Anstrengungen, für die Stadtteilbibliothek ein Domizil mit ausreichend Platz zu finden. Mittlerweile hat der Direktor der Stadtbibliothek Dresden die Raumnöte der Zweigstelle Südvorstadt auf der Agenda seiner ungelösten Probleme, aber aus der angedachten Lösung, die er bei der letzten Beratung des Bibliotheks-Entwicklungsplanes im OBR Plauen skizzierte, ist bisher nichts geworden. Das Problem bleibt also für uns wichtig.

Waldemars beständige Arbeit hat zu einem hohen Ansehen bei sehr vielen Mitgliedern im Ortsbeirat Plauen geführt. Wir hoffen sehr, dass uns Waldemar noch lange als Ratgeber und Inspirator zur Seite stehen wird.



DIE LINKE

Fraktion im Dresdner Stadtrat



Dezember 2017

Kommentar

„Das Problem tatsächlich lösen“

In seiner vergangenen Sitzung beschloss der Stadtrat mit breiter Mehrheit einen Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema „Planerische Studie zu Potenzialen und Restriktionen für ein Teilgebiet der Leipziger Vorstadt – Neustädter Hafen“. Damit soll insbesondere geprüft werden, inwieweit Wohnungsbau statt der Ansiedlung eines „Globus-Marktes“ auf dem Gelände des Alten Leipziger Bahnhofs möglich ist. Wir dokumentieren die Rede des LINKE-Fraktionsvorsitzenden André Schollbach.

Herr Oberbürgermeister,
Meine Damen und Herren,

Es ist eine interessante Konstellation: CDU, Grüne, SPD und FDP haben angekündigt, dem Antrag der LINKEN zuzustimmen zu wollen – das nenne ich mal eine breite Mehrheit hier im Stadtrat. Dies ist insofern spannend, dass einerseits die CDU behauptet: „Dort ist Wohnungsbau recht unwahrscheinlich.“ Die Grünen wiederum entgegnet: „Es ist in jedem Fall möglich.“ Wenn wir nun die Spannweite dieser Äußerungen nehmen, dann ist doch unser Antrag mehr als berechtigt. Damit wir nun tatsächlich Klarheit darüber bekommen, was an diesem Standort möglich ist und was gegebenenfalls nicht. Darüberhinaus möchte ich einige Punkte klarstellen.

In der Vergangenheit, aber auch heute sind wieder einige Behauptungen aufgestellt worden, die schlicht und einfach unzutreffend sind. Deshalb möchte ich an dieser Stelle die Position der Fraktion DIE LINKE noch einmal darstellen. Erstens: Wir würden es begrüßen, wenn Globus in der Stadt Dresden investiert. Zweitens: Wir würden es begrüßen, wenn die Fläche, die bebaut werden soll, deutlich kleiner ausfällt, als bisher geplant. Und drittens: Wir würden es begrüßen, wenn dieser Bau an einem anderen, als dem bisher geplanten Standort am Alten Leipziger Bahnhof erfolgt. Das sind unsere Ziele. Darauf arbeiten wir hin. Deshalb möchte ich noch einmal daran erinnern, was wir bisher dafür gemacht haben. Die Fraktionen von LINKEN, Grünen und SPD haben den Oberbürgermeister beauftragt, einen alternativen Standort zu suchen. Das passiert derzeit, wir haben das auch nochmal abgefragt. Es wird intensiv daran gearbeitet und bis Ende dieses Jahres sollen uns die Ergebnisse vorgestellt werden. Nun hat es bereits vor einigen Monaten den Versuch gegeben, den bisher gefassten Aufstellungsbeschluss aufzuheben. Das konnten wir zu diesem Zeitpunkt noch



Alter Haupteingang des Empfangsgebäudes des Leipziger Bahnhofs in Dresden von 1857
Foto: wikimedia.org

nicht mittragen. Ich möchte erläutern, warum. Wir sind der Auffassung, dass es keinen Sinn macht, symbolische Beschlüsse zu fassen, sondern wir wollen das Problem tatsächlich lösen. Wenn man den bisher gefassten Aufstellungsbeschluss aufheben möchte, muss man gleichzeitig sagen, was man stattdessen dort entwickeln und bauen möchte. Voraussetzung hierfür ist es, erst einmal zu ergründen, was überhaupt möglich ist. Sind möglicherweise baurechtliche oder lärmschutztechnische Probleme zu beachten? Erst wenn man das weiß, kann man die endgültigen Entscheidungen treffen. So wollen wir vorgehen, meine Damen und Herren. Deshalb haben wir auch in Ansehung der Vorlage der Stadtverwaltung zum Masterplan, die an manchen Stellen widersprüchlich ist, die gelegentlich auch noch nicht die erforderliche Tiefe erreicht, den Konsens, dass jene Thematiken, die uns bewegen, in diesen Antrag gegossen werden und die Stadtverwaltung beauftragt wird, die

vorliegenden Fragen zu klären. Wenn dann die Antworten vorliegen, können wir auch Entscheidungen in der Sache treffen. Hierbei sollten wir versuchen, mit dem betroffenen Unternehmen gemeinsame Lösungen zu finden, denn Globus gehört derzeit die Fläche. Wir können demnach zwar unsererseits mit Planungen verhindern, dass dort etwas geschieht. Doch das Unternehmen kann, indem es sagt: „Wir machen da nichts.“ ebenso verhindern, dass dort etwas passiert. Wenn wir an dieser Stelle die Problematik tatsächlich lösen wollen, heißt das, mit Globus zusammenzuarbeiten und einen vernünftigen Alternativstandort anzubieten. Dann können wir am Alten Leipziger Bahnhof etwas anderes ansiedeln als einen Großmarkt und das ist unser Ziel. Ich freue mich, dass der Dresdner Stadtrat jetzt mit einer breiten politischen Mehrheit den von der Fraktion DIE LINKE vorgeschlagenen Antrag auf den Weg bringen wird. Vielen Dank!

Wollen ist nicht Wissen

Bald wird eine Entscheidung fallen, ob wir für den Alten Schlachthof und den Alten Leipziger Bahnhof die Weichen für ein neues Wohl- und Lebensquartier stellen können, oder ob dort ein in meinen Augen absolut überdimensionierter Hypermarkt entstehen soll.

Diese Entscheidung ist eine der richtungsweisendsten der letzten Jahre, denn sie bestimmt, wie sich Handel und Verkehr in Dresden entwickeln werden: Wollen wir wohnortnahe Einkäufe in Pieschen, Trachenberge, dem Hechtviertel, der Neustadt und in der Friedrichstadt – oder wollen wir wieder vermehrt auf das Auto mit all seinen Nachteilen setzen?

Das Areal zwischen Elbe und dem Neustädter Bahnhof ist ein Juwel, welches es zu einem neuen die Vergangenheit und die Zukunft verbindenden Stadtteil zu entwickeln gilt. Genau so sehen es auch die über 4.000 Unterzeichnenden einer Petition, welche kürzlich an den Stadtrat gestellt wurde. Genau so sehen es Konsum und die VG mit ihren insgesamt 30.000 Mitgliedern. Genau so sehe ich das!

Aber „wollen“ ist nicht „wissen“. Eine solche wichtige Frage kann nicht aus dem Bauch heraus fallen – sie muss aufgrund von Fakten entschieden werden. Was ist, wenn sozialer Wohnungsbau dort nicht möglich ist, da z.B. Lärmschutz das Bauen massgeblich verteuert? Was ist, wenn z.B. der Flutschutz nicht gegeben ist?

Um alle diese Fragen zu klären, hat die Fraktion DIE LINKE jetzt eine planerische Studie in Auftrag gegeben. Ich bin sehr froh, dass dieser Antrag von einer sehr breiten Mehrheit im Stadtrat mitgetragen wurde. Jetzt wird dieser klare Auftrag von der Verwaltung umgesetzt, danach werden wir wissen, ob der Wunsch nach sozialem Wohnraum am Leipziger Bahnhof wahr werden kann – oder ob man sich leider was anderes überlegen muss.

Dr. Martin Schulte-Wissermann

linke-fraktion-dresden.de

Gemeinsam für den Tierschutz

Durch die Kooperation von Rot-Grün-Rot im Dresdner Stadtrat wird dem Tierschutz seit 2014 mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Stadträtin Manuela Sägner zieht ein erstes Fazit.

von Manuela Sägner

Vor einem Jahr beschloss Rot-Grün-Rot im Dresdner Stadtrat den Doppelhaushalt 2017/2018 mit einer guten Botschaft für alle Tierfreunde: Die Mittel für den karitativen Tierschutz wurden von 55.000 auf 165.000 Euro verdreifacht. Hört sich nach viel und großzügig an, doch reichen die Mittel aus dem städtischen Haushalt wirklich aus? Wir fragten bei zwei von vier der Dresdner Vereine, welche auch ein eigenes Tierheim betreiben, nach:

Katzenhäuser des Tierschutzvereins Dresden e.V. Menschen für Tierrechte

Im Katzenhaus Dresden-Luga, dessen Träger der Tierschutzverein Dresden e.V. Menschen für Tierrechte (www.tierschutzdresden.de) ist und auch das Katzenseniorenheim Maxen betreibt, finden Fund- wie auch Abgabekatzen vorübergehende Unterkunft und Versorgung. Jährlich werden ca. 100 Katzen aufgenommen und ebenso viele Tiere vermittelt. Beide Einrichtungen unterstützen damit das städtische Tierheim Dresden, das gerade bei der Aufnahme von Katzen oft an seine Kapazitäten stößt.

Darüber hinaus helfen Ehrenamtliche den beiden Häusern seit mehr als 25 Jahren, indem sie an verschiedenen Futterstellen im Dresdner Stadtgebiet freilebende Katzen füttern und betreuen. Die herrenlosen Tiere werden bei Bedarf auch tierärztlich versorgt bzw. kastriert. So kann einer unkontrollierten



Vermehrung wie auch der Ausbreitung von Katzenkrankheiten vorgebeugt werden. Die zweite Vorsitzende des Vereins Anne Jassner sagt, dass die beiden Katzenhäuser lediglich zu einem Teil von städtischen Zuschüssen leben. „Wir bleiben weiterhin auf Spenden von tierlieben Menschen angewiesen und freuen uns auch über Großspender, die – wie in diesem Jahr der Fall – in zwei Fällen Privatpersonen sogar Gelder in Höhe von jeweils 2.000 bzw. 2.500 Euro zur Verfügung gestellt haben.“

Wildvogelauffangstation des Umweltzentrums Dresden e.V.

Seit 2007 betreibt das Umweltzentrum Dresden e.V. (<http://www.uzdresden.de/>) auf dem Gelände der Stadtentwässerung Dresden in der Scharfenberger Straße diese „Notaufnahme“, die Jahr für Jahr gut 800 verletzte, kranke und

hilflose Wildvögel aufnimmt. Oft vergehen viele Pflgewochen, bis die Tiere die Einrichtung gesund und gestärkt wieder verlassen können. In der Regel ist die Wiederauswilderung erfolgreich. Das rechtfertigt die auf den ersten Blick hohen Kosten von jährlich 85.000 Euro für Bergung (oft nach Hinweisen aus der Bevölkerung), medizinische Versorgung sowie Betreuung und Pflege der gefiederten Patienten namens Falke, Star, Krähe, Meise und so weiter.

Stationsleiterin Saskia Keller, die auch mit einem Mix von Haushaltszuwendungen und Spenden kalkulieren muss, begrüßt die jetzt zusätzlich eingestellten Haushaltsmittel.

„Endlich können wir damit jetzt die inzwischen schon zehn Jahre alten Bauten in der Wildvogelauffangstation sanieren.“

Spenden für den Tierschutz

Umweltzentrum Dresden e.V.:
Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE68 8505 0300 3120 1358 00,
BIC OSDDDE81XXX

Tierschutzverein Dresden e.V. Menschen für Tierrechte:
Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE22 8505 0300 3120 2589 45,
BIC: OSDDDE81XXX

Unser Fazit: Bei aller Mittelaufstockung sichern die Gelder mit Blick auf die ständig wachsenden Herausforderungen auf Seite des Tierschutzes allenfalls die Basisarbeit der Tierschutzteams. Selbst beim städtischen Tierheim lassen sich trotz gesicherter Finanzierung Investitionen nur zügiger oder ausschließlich durch Spenden und Nachlässe umsetzen.

Wollen die Vereine mit ihren Einrichtungen qualitativ punkten, sind sie weiterhin und maßgeblich auf Spenden angewiesen. Jeder Euro zählt also weiterhin. Und damit die Gelder auch dort ankommen, wo sie gebraucht werden, veröffentlichen wir gleich auch noch die Spendenkonten der beiden oben genannten Einrichtungen.

Aus der Stadtratssitzung am 23. November

Kein Aderlass

von Max Kretzschmar

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE und mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN wurde im federführenden Finanzausschuss die Beschlussempfehlung für den Stadtrat gegeben, den Wirtschaftsplan der städtischen Krankenhäuser ohne weitere Kapitalentnahmen zu beschließen. Der Entwurf hatte noch geplant, ab 2019 jährlich eine Million Euro Kapital aus den Krankenhäusern zu entnehmen.

Noch vor Jahren waren die Krankenhäuser in Friedrichstadt und das Krankenhaus Neustadt in wirtschaftliche Schieflage geraten und die damalige konservative Mehrheit im Stadtrat plante die Privatisierung beider kommunaler Krankenhäuser. Die drohende Privatisierung konnte durch den von LINKE und SPD mit Unterstützung von Bürgerinitiativen und den Personalvertretungen in den Krankenhäusern initiierten Bürgerentscheid im Jahr 2012 abgewendet werden. 84,23 Prozent der Dresdnerinnen und Dresdner entschie-

den sich gegen die Privatisierung. Mit Jahresbeginn 2017 fusionierten die beiden Krankenhäuser Friedrichstadt und Neustadt schließlich zum neugegründeten Städtischen Klinikum Dresden. Mit der Fusion wuchs das kommunale Krankenhaus zu einer der größten medizinischen Versorgungseinrichtungen in Dresden und der Region. Das breite Angebot an den Standorten Friedrichstadt, Neustadt-Trauchau, Weißer Hirsch und Löbtau wurde in bewährter, vertrauensvoller Qualität erhalten.

Sechs Jahre Sicherheit garantiert der Kündigungsschutz allen Mitarbeiterinnen sowie die faire Bezahlung nach Tarif. Eine Privatisierung des Klinikums ist bis Ende 2022 ebenfalls ausgeschlossen. Neu ist die Integration eines Medizin-Pflegekonzepts, um die Versorgungsleistungen für über 60.000 stationär betreute Patienten und 110.000 in der Ambulanz auch zukünftig umfassend zu garantieren.

Städtisches Klinikum
LINKE stoppt Kapitalentnahme
Kein weiterer Aderlass!

Jahrelange Kapitalentnahmen haben die städtischen Krankenhäuser schon einmal in schwieriges Fahrwasser geführt. Einem erneuten Aderlass werden wir als Fraktion nicht zustimmen. Wir freuen uns darüber, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung der städtischen Krankenhäuser in der Eigenbetriebsform so positiv entwickelt, sehen die Hauptaufgabe der Krankenhäuser aber nicht darin, für die Stadt Gewinne zu erwirtschaften, sondern die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Statt das Kapital zu entnehmen, soll es durch unseren Beschluss in dringende Baumaßnahmen fließen.

Norbert Engemaier

Zum geplanten Bettelverbot für Kinder in Dresden

Rassismus im Gewand der Fürsorge

von Uwe Schaarschmidt

Im Jahre 1926 wurde in der Schweiz das „Hilfswerk Kinder der Landstraße“ als Projekt der Stiftung „Pro Juventute“ gegründet. Ziel des „Hilfswerkes“ war es, Kinder von „Nichtsesshaften“, in der damaligen Schweiz „vorrangig der Gruppe der Jenischen, zu „brauchbaren Arbeitern für die Gesellschaft“ zu erziehen. Angehörige des „Fahrenden Volkes“ der Jenischen waren u.a. als reisende Zirkusbetreiber, Schausteller, Musikanten, Kesselflicker oder Korbflechter tätig und entzogen sich in ihren selbstorganisierten Familienverbänden weitgehend den bürgerlichen Konventionen. An den rassehygienischen Methoden des „Hilfswerkes“ ließ dessen Gründer, Alfred Siegfried, von Anbeginn keinen Zweifel:

«Wer die Vagantität erfolgreich bekämpfen will, muss versuchen, den Verband des fahrenden Volkes zu sprengen, er muss, so hart das klingen mag, die Familiengemeinschaft auseinanderreißen»

Etwa 600 Kinder wurden zwischen 1926 und 1973(!), als das „Hilfswerk“ auf öffentlichen Druck hin aufgelöst wurde, ihren Eltern weggenommen, teils unmittelbar nach der Geburt, und landeten zum geringeren Teil bei fremden Familien, größtenteils in Heimen, Psychatrien oder Gefängnissen. Viele wurden als „Verdingkinder“, faktisch als kleine Arbeitssklaven, an Bauernhöfe abgegeben. Körperliche Züchtigung war Bestandteil des (Um)erziehungsprozesses. Um den Kontakt zu den leiblichen Eltern zu unterbinden, wurden gar Namen geändert.

Wer sich heute mit dem Argument des Kindeswohlschutzes für ein Bettelverbot für Kinder in Dresden stark macht, sollte sich diese abscheuliche Praxis vor Augen halten, mit der faktisch eine soziale und kulturelle Minderheit aus der Gesellschaft ausgemerzt werden sollte. Stein des Anstoßes sind in Dresden die Kinder einiger Roma-Familien aus der Slowakei, die in Dresden und

dem Umland ansässig sind und seit geraumer Zeit an belebten Plätzen betteln. Freilich – der erste Gedanke, den man beim Anblick der kleinen Bettler hat, mag „Kinder gehören in die Schule“ sein. Denkt man ein klein wenig weiter, wird aber schnell klar, dass es den Befürwortern des Bettelverbotes darum gar nicht geht. Kinder slowakischer EU-Bürger sind in Deutschland nicht schulpflichtig. In der Slowakei selbst gibt es statt einer Schulpflicht seit 2008 lediglich eine Bildungspflicht. Es ist also den Eltern überlassen, wie sie ihren Kindern Bildung zukommen lassen. Eine entsprechende Kontrolle wäre deshalb ausschließlich Sache slowakischer Behörden. Mit welchem Desinteresse diese wiederum mit der Roma-Minderheit umgehen, ist hinlänglich bekannt.

Was also nach einem Bettelverbot bliebe, wäre kein Schulbesuch für die Kinder, sondern lediglich eine Kriminalisierung ihrer bisherigen Einkommensart oder als Alternative gleich ein

Übergang in tatsächliche Kriminalität oder gar in die Prostitution. Die lächerliche Behauptung, die kleinen Bettler würden die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährden, muss an dieser Stelle wohl nicht weiter diskutiert werden. Vielmehr reiht sich das Bettelverbot in eine Reihe ähnlicher ordnungspolitischer Vorgehensweisen ein, mit denen man unliebsame Anblicke aus „sauberen Städten“ tilgen möchte und wie immer trifft es Minderheiten, die – ob selbst gewollt oder nicht – keinen Platz im bürgerlichen Selbstverständnis finden. Tradition ist auch, dass das Selbstverständnis kultureller und sozialer Minderheiten, deren seit Jahrhunderten praktizierte (Über)lebensweise, dabei nie eine Rolle spielt, sei es aus Unwissen, bürgerlicher Arroganz oder ganz gewöhnlichem Rassismus heraus. So wäre die Strafandrohung gegen die Eltern wegen des Bettelns ihrer Kinder letztlich nichts anderes, als der langsame Einstieg in das oben am Beispiel der Jenischen in der Schweiz geschilderte



Foto: Max Kretzschmar



Valencia

Foto: Creative Commons CC0

System zur Zerstörung des Zusammenhanges einer ohnehin gesellschaftlich marginalisierten Menschengruppe.

Bis heute leiden die noch lebenden, inzwischen längst erwachsenen ehemaligen „Kinder der Landstraße“ darunter, was ihnen die schweizerische Mehrheitsgesellschaft angetan hat. Wir sollten alles tun, um eine Wiederholung dieses Treibens schon im Ansatz zu verhindern. Dass der kinderliebe Durchschnittseuropäer tagtäglich an der Supermarktkasse, an den Wühltischen der Bekleidungshäuser und beim Benutzen seiner Heimelektronik von brutalster, industriell organisierter Kinderausbeutung in aller Welt profitiert, ohne dabei ein schlechtes Dauergewissen zu bekommen, sei zu guterletzt noch erwähnt. Die Fraktion DIE LINKE im Dresdener Stadtrat lehnt das Bettelverbot ab.

Dach überm Kopf



Gehen städtische Angebote an Bedürfnissen vorbei?

Foto: Creative Commons CC0

von Kerstin Wagner

Es wird kalt in Deutschland. „Haben sie ein bisschen Geld für eine Übernachtung?“ werde ich angesprochen. Ich verweise auf die Möglichkeit, ein Nachtcafé zu besuchen, „ach so, sind die schon offen?“ Zufällig erfahre ich, dass das Angebot nicht genutzt werden wird von einem, dem ich Geld dafür gab und die richtige Kirche für diese Nacht herausuchte. Warum nicht, frage ich mich. Warum immer wieder in diesem Zusammenhang diese Diskrepanz zwischen der gesellschaftlich verbreiteten Überzeugung „wer das nicht will muss nicht auf der Straße leben“ und dem, was ich sehe, eine gebückt gehende alte Frau mit zerschlagenen, schmutzigen Sachen, einen Rastamann mit schönem

Gesicht aber ebenfalls offensichtlich auf der Straße lebend. Bettelnde Jugendliche. Warum? Gehen die städtischen Hilfsangebote an den Bedarfen und Bedürfnissen vorbei? Ich wünsche mir neue Erkenntnisse, gern wissenschaftlich fundiert, die es uns ermöglichen, neue Hilfsangebote zu entwickeln, die wirklich ankommen und genutzt werden! Wer möchte seine Diplomarbeit in Soziologie oder Sozialer Arbeit auf Basis selbst zu führender qualitativer Interviews verfassen? Dabei soll es weniger um die Frage gehen, warum Menschen auf der Straße „gelandet“ sind, sondern vielmehr darum, warum sie dort bleiben.

Kontakt: Kerstin.Wagner@dielinke-dresden.de

KOLUMNE

ganz
hinten
links

von Jens Matthis

Woran denken Sie, wenn Sie „Jamaika“ hören oder lesen? Sagen Sie jetzt nicht, an eine Karibikinsel. Nein, natürlich werden in deutschen Medien Staaten über ihre Flaggen definiert. Und diese Flaggen wiederum stehen nicht mehr für diese Länder sondern nur noch für reale oder erdachte politische Koalitionen in Bund, Ländern und Kommunen.

Jamaika ist also auf Bundesebene gescheitert, wer dennoch ein entsprechendes Feeling braucht (Schwarz-Gelb-Grün), muss nach Schleswig-Holstein fahren. Wer hingegen die Sonne Kenias sucht, braucht nur nach Sachsen-Anhalt (Schwarz-Rot-Grün). Bolivianische Zustände wiederum herrschen in Rheinland-Pfalz (Rot-Gelb-Grün), wie in Tansania geht es in Baden-Württemberg zu (Grün-Schwarz).

Zwei Teile Rot und ein Teil Grün - in Berlin und Thüringen, aber eben auch in der Landeshauptstadt Dresden denkt jeder an ... natürlich an Belarus bzw. Weißrussland.

Kein Wunder das die bahamesische Opposition (Schwarz-Gelb-Blau) in diesen Enklaven dagegen Sturm läuft. Wie sicher hingen fühlt man sich hingegen unter albanischen Verhältnissen (Schwarz-Rot), weshalb die jetzt auf Bundesebene unbedingt fortgeführt werden sollen.

Im Dresdner Stadtrat finden sich von Zeit zu Zeit auch mal andere Konstellationen zusammen, neulich sogar eine ganz breite mosambikanische oder auch simbabwische Mehrheit (schwarz-rot-grün-gelb). Es fehlt nur noch das Himmelblau der AfD. Allerdings ging dabei auch um eine globale Frage, genau um die GLOBUS-Ansiedlung am Alten Leipziger Bahnhof. Normalerweise handelt es sich dabei um das Lieblingsgelände für ideologische Schlachten zwischen Belarus und den Bahamas. Aber der LINKE-Antrag (!), man solle, bevor man abschließend entscheide, doch wenigstens erst einmal prüfen, ob an dieser Stelle Wohnungsbau überhaupt zulässig und machbar wäre, und wenn ja - in welchem Umfang und zu welchem Preis, dieser Antrag schien GLOBUS-Gegnern und GLOBUS-Befürwortern gleichermaßen logisch. Warum wohl? Ob nach der Prüfung die alten Fahnen wieder herausgeholt werden können oder neu kombiniert werden muss, bleibt abzuwarten.

Horizont 2020

Die Johannstadt bekommt ein neues Stadtteilhaus: Mehr Bürgerbeteiligung und Kunst am Bau wird gesichert

von Jacqueline Muth

Der Johannstädter Kulturtreff soll in den kommenden Jahren ein neues Haus an einem neuen Standort ganz in der Nähe bekommen. Dazu wurden 4 Grundstücke untersucht, die erste Wahl fiel auf eine kommunale Fläche an der Pfeifferhansstraße, die derzeit als Parkplatz für reichlich 100 Autos genutzt wird. Im Variantenvergleich wurden auch Sanierung oder Neubau des bisherigen Gebäudes auf der Elisenstraße 35 untersucht. Eine Sanierung wäre sehr teuer, u.a. wegen der Asbest-Altlasten, aber auch wegen der insgesamt maroden Bausubstanz. Und für einen Neubau bietet die Pfeifferhansstraße mehr Möglichkeiten und Platz, darum bekam dieser neue Standort den Vorzug.

Einen Teil der Kosten für Planung und Bau werden aus dem Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ vom Bund beigesteuert (2Mio Euro), etwa 3Mio Euro kommen aus dem städtischen Haushalt. Die jetzigen und späteren Nutzer wurden bereits frühzeitig in die Planung einbezogen, dazu gehören: Johannstädter Kulturtreff e.V., Quartiersmanagement Johannstadt, der Ausländerrat Dresden e.V. und der Kindertreff JOJO vom Kinderschutzbund. Daneben sollen multifunktionale Räume entstehen, die für Anwohner und Initiativen nutzbar sind.

Da es sich noch um einen sehr frühen Planungszeitpunkt handelt, können über Gestalt und Zuschnitt des Gebäudes und des Geländes noch keine Angaben gemacht werden. Darum haben wir die Chance genutzt und mit einem rot-grün-roten Antrag zwei weitere wichtige Schwerpunkte in den Planungen verankert: durch Bürgerwerkstätten soll die Bevölkerung sich an der Ausgestaltung der neuen Immobilie beteiligen können. Und außerdem soll das Ge-

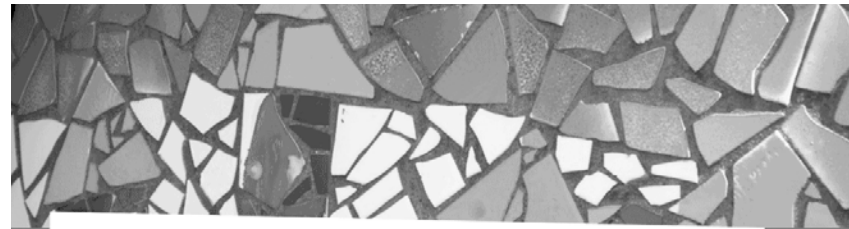
Kurz&Knapp

Schulnetzplanung

Die kritische Diskussion zum Schulnetzplan geht weiter. Die Kooperation aus LINKE, Grünen und SPD-Fraktion will fünf weitere Grundschulstandorte, um bestehende Grundschulen zu entlasten und gerade für die jüngeren Schülerinnen und Schüler bessere Bedingungen an den Grundschulen zu schaffen.

Dazu erklärt die LINKE-Stadträtin Anja Apel: „Einen alten Standort, den wir wieder aufnehmen wollen, ist die Alexander Herzen Straße in Klotzsche. So liegt in Klotzsche die Anmeldezahl für die Grundschulen bei 245 und prognostiziert waren 199. Das sind zwei Klassen mehr. Weiter entsteht ein Wohngebiet mit 650 Einwohnern. Für die Kinder mit Deutsch als Zweitsprache stehen keine freien Plätze mehr zur Verfügung. Auch in Weixdorf reichen die Plätze an der Grundschule nicht aus. Wir brauchen dringend eine weitere Grundschule in Klotzsche.“

Den von der Stadtverwaltung vorgeschlagenen Tausch zwischen der 10. Grundschule und der Schule



Stadtteilhaus Johannstadt

Bürgerbeteiligung und Kunst am Bau ermöglichen

Dresden geht mit einer mehrstufigen Bürgerwerkstatt mit gutem Beispiel voran, indem Instrumente größtmöglicher Bürgerbeteiligung genutzt werden und die städtische Richtlinie für Kunst im öffentlichen Raum eingehalten wird.

Jacqueline Muth



bäude durch Kunst am Bau aufgewertet werden. Bereits 2016 wurden beim Bau dreier Schulen erfolgreich Wettbewerbe für Kunst am Bau durchgeführt.

Im Moment können die Planungen uneingeschränkt als positiv bewertet werden: Transparent, nutzerorientiert und bürgernah. Wir dürfen gespannt sein, ob das Projekt im weiteren Verlauf halten kann, was es verspricht und werden den Prozess weiter begleiten. Der Neubau eines Stadtteilhauses, zumal an neuem Standort, ist nicht nur ein technischer Akt. Der jetzige Standort ist zum Identifikationsort im Stadtteil geworden, und auch der neue Standort sollte die Chance erhalten, wieder liebevoll angenommen und ausgestaltet zu

werden. Allzu fertig dürfen solche Projekte nicht sein, sie müssen inspirieren und Freiraum bieten für Ideen, Projekte, Treffen. Darum sollten weder der Planungsprozess noch die spätere Immobilie den spröden Charm der Reissbretter verströmen, sollen vielmehr die Menschen mitnehmen – ihnen die Chance geben, darin einen Gemeinschaftsort finden und und ihn liebezugewinnen. Negative Beispiele missglückter und fehlender Bürgerbeteiligung gibt es etliche, wenige positive Beispiele gibt es auch. So bleibt zu hoffen, dass der Neubau des Johannstädter Stadtteilhauses zu den gelungenen Exemplaren zählen wird. Wenn alles gut läuft, ist der Bau des neuen Geländes ab 2019 geplant, der Umzug wird dann etwa 2021 stattfinden.

für Erziehungshilfe „Erich-Kästner“ lehnen LINKE, GRÜNE und SPD ebenso wie die betroffene Förderschule und der Ortsbeirat ab.

Institutionelle Förderung und Projektförderung für 2018 beschlossen

In der Sitzung des Kulturausschusses am 28. November 2017 wurden nach einer intensiven Debatte die institutionelle Förderung sowie die Projektförderung für 2018 beschlossen. Die Vorschläge der Verwaltung wurden durch gemeinsame Änderungsanträge der Fraktionen CDU, DIE LINKE, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD qualifiziert. LINKE-Stadträtin Jacqueline Muth betont: „Mich fasziniert die Vielfalt der zahlreichen Anträge in der Projektförderung: Sowohl inhaltlich als auch vom Umfang her. Ich bin sehr gespannt auf die Projekte, Ausstellungen, Lesungen usw., die mit städtischer Förderung im ersten Halbjahr 2018 realisiert werden können. Gleichzeitig haben wir die Verwaltung beauftragt, manche Antragsteller im Vorfeld der kommen-

den Fördermittelvergaben besser zu beraten, um die Qualität ihrer Anträge und damit ihre Förderchancen zu verbessern. Auf dem Gebiet der institutionellen Förderung müssen wir feststellen, dass der Haushaltsansatz zu gering bemessen war und nun etliche Projekte nicht auskömmlich unterstützt werden können, wie beispielsweise die Zschornmühle oder Derevo. Schon für den aktuellen Haushalt hat DIE LINKE für eine merkliche Anhebung des Budgets gekämpft und das werden wir auch für den bevorstehenden Haushalt tun. Nur so können wir die stetig steigenden Betriebskosten abfedern und gleichzeitig den leider immer noch weit verbreiteten personellen Abbau und technischen Verschleiß in der Kulturszene stoppen.“

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. Thomas Feske
Satz und Layout: Max Kretzschmar

Paris ist immer eine Reise wert!

von Sonja und Uli Reinsch

Das haben sich auch die vielen Mitglieder und Sympathisanten unserer Partei gedacht als sie vor fast zwei Jahren Geld sammelten, damit meine Frau und ich diese schöne Stadt besuchen können. Die vielen Sehenswürdigkeiten von Paris in Natura zu sehen und das noch bei schönem Wetter, das war schon was großes als wir im September diesen Jahres das genießen durften. Jedoch 550.000 Menschen auf dem Pressefest l'Humanité zu begegnen, die lautstark ihre Stimme für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden auf der Welt erhoben, ist noch größer und ist ein Gefühl, das man nicht beschreiben kann sondern erlebt haben muss. Mittendrin in einer riesigen internationalen Solidargemeinschaft zu stehen, hilft neue Kräfte zu sammeln, seinen Horizont zu erweitern

und animiert zum Mitmachen. Das taten wir auch aushilfsweise am stets sehr gut besuchten Festzelt unserer Partei, die sich im Internationalen Zentrum mit aktuellen Informationen aus dem Europaparlament, dem Bundestag und aus den Kommunen, mit Gesprächen, mit Musik und guter Versorgung präsentierte. Klar wurde dabei, dass die Partei DIE LINKE in der internationalen Öffentlichkeit gefragt ist und ihre Rolle in der politischen Entwicklung Deutschlands mit Interesse von vielen Leuten beobachtet wird.

Wir bedanken uns auf diesem Wege ganz herzlich bei den Geldgeberinnen und Geldgebern sowie bei den Organisatorinnen und Organisatoren, die uns diese Reise ermöglichten.



Uli Reinsch mit seiner Frau Sonja auf dem traditionellen Fest der l'Humanite in Paris, das Uli viele Jahre lang mit der „AG unterwegs“ besuchte
Foto: privat



Foto: Max Kretzschmar

Ortsbeirätin Kristin Dänhardt und Neumitglied Max Rugen, im Hintergrund Joachim Geerhardt

CubaSi informiert

Ein Monat nach Hurrikan Irma: Bilanz in Kuba

Er war der erste tropische Wirbelsturm, der eine andauernde Windgeschwindigkeit von 297 km/h für 37 Stunden erreichte. Fast alle Provinzen des Landes waren von Irma mehr oder minder stark betroffen: Die Hauptstadt Havanna, Matanzas, Villa Clara, Cienfuegos, Sancti Spiritus, Ciego de Ávila, Camagüey, Las Tunas sowie Holguín. Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass rund 3,1 Millionen Kubaner weiterhin auf Hilfe angewiesen sind.

Fast im gesamten Land fielen für mehrere Tage der Strom und damit die Wasserversorgung aus. Mehrere thermoelektrische Kraftwerke wurden beschädigt, darunter auch das Kraftwerk in Matanzas, welches für 20 Prozent des nationalen Strombedarfs aufkommt. 466 Farmen und Kooperativen waren betroffen. Im Zuckersektor wurden rund 338.000 Hektar an Anbaufläche in Mitleidenschaft gezogen. 20 Raffinerien wurden beschädigt, jedoch traten an den massiven Gebäuden hauptsächlich Dachschäden auf.

Noch immer erhalten 11.689 Personen direkte staatliche Unterstützung in Form von subventionierten Lebensmitteln. Neben zahlreichen befreundeten Ländern wie Venezuela, Ecuador, China und Russland erhält Kuba auch Hilfe von



Foto: Creative Commons CC0

den Vereinten Nationen. Mit insgesamt 55,8 Mio. US-Dollar wollen diese den Wiederaufbau unterstützen, davon sollen allein 23 Mio. US-Dollar in den Wiederaufbau von Wohngebäuden und öffentlichen Einrichtungen fließen.

Nach einem entsprechenden Dekret des Ministeriums für Finanzen und Preise müssen jegliche Spenden ohne Aufpreis an die Betroffenen weitergegeben werden.

Um die Reparatur der Wohngebäude zu beschleunigen, hat Kubas Regierung ein Subventionsprogramm beschlossen, welches betroffenen Familien die Finanzierung von 50 Prozent der Kosten für Baumaterialien und Konsumgüter durch den Staatshaushalt ermöglicht. Andere Optionen wie günstige zinslose Kredite zur Finanzierung der an-

Freitags ab 9

Nicht mehr wegzudenken ist DIE LINKE. Dresden seit 1 1/2 Jahren vom traditionellen und größten Wochenmarkt Dresdens, dem Altstädter Freitagsmarkt an der Lingnerallee. Freitags ab 9 kommen StadträtInnen, Abgeordnete und OrtsbeirätInnen und unsere Aktiven aus den Ortsverbänden mit den Besucherinnen und Besuchern des Marktes über Politik und vor allem über die Probleme, die den Leuten unter den Nägeln brennen, ins Gespräch. In den vergangenen

Wochen haben sich viele unserer Neumitglieder bei der Betreuung dieses regelmäßigen Infostandes beteiligt, was uns ermutigt, diese Arbeit im kommenden Jahr fortzusetzen. Auch 2018 werden wir mit den aktuellsten Publikationen der Linken vor Ort Präsenz zeigen. Ein herzlicher Dank gilt an dieser Stelle den GenossInnen Joachim Geerhardt, Ronny Fritzsche, Jürgen Stäbener, Anne Holowenko und Kristin Dänhardt für ihr tolles Engagement!

Spendenkonto:

DIE LINKE/Cuba Si Dresden

Ostsächsische Sparkasse Dresden

IBAN: DE 93 8505 030031 201 83074

Verwendungszweck:

„Milch für Kubas Kinder“

von Ursula Zierz

deren Hälfte stehen ebenfalls zur Verfügung. In den betroffenen Gebieten wurden 900 Verkaufsstellen eröffnet.

Inzwischen gibt es laut offiziellen Angaben in 99,9 Prozent der Gebäude wieder Strom und 99 Prozent des Wassernetzes ist wieder in Betrieb. Am 29. September ging das 330 MW Kraftwerk Antonio Guterias als letzter und wichtigster der betroffenen Stromerzeuger wieder ans Netz, zunächst jedoch mit einigen Startschwierigkeiten und mit nur 70 Prozent seiner Leistung. Von den 980 beschädigten Gesundheitseinrichtungen wurde bisher rund jede Dritte (289) wieder aufgebaut. Rund drei Viertel der beschädigten Bauernhöfe und Kooperativen sind inzwischen repariert worden, von den 95.000 Hektar der betroffenen landwirtschaftlichen Nutzfläche wurden bereits 35.000 Hektar wieder bestellt,

hauptsächlich mit schnell wachsenden Gemüsepflanzen, um die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln in kürzester möglicher Zeit wieder zu verbessern. Die Initiatoren des Spendenaufrufs Hurrikan Irma bedanken sich bei allen SpenderInnen. Es gingen bis Ende Oktober 2017 im Netzwerk Cuba insgesamt 164.567 Euro ein, die an die Katastrophenhilfe weitergeleitet wurden. Die Landwirtschaft ist trotzdem noch von massiven Ausfällen betroffen. Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba bittet daher ihre Mitglieder, die Freunde und alle Menschen guten Willens weiterhin um Spenden. Auf unser Dresdner Konto gingen insgesamt 205 Euro ein. Außerdem spendete die Basisorganisation Radebeul 365 Euro und dazu ging noch eine Einzelspende von Hilde Schmidt ein. Vielen Dank Euch allen! Wir werden diese 620 Euro nochmals auf das Konto Berlin „Milch für Kubas Kinder“ zur Beseitigung der Landwirtschaftsschäden überweisen.

Unsere nächste Sammlung findet am 07. Dezember 2017 von 10 bis 14 Uhr statt.

Haushaltswäsche, Schreibmaterialien, Werkzeuge u. Metallwaren, Waschmittel stehen im Vordergrund! Saludos solidarios!

Inklusion ist Querschnittsaufgabe

von Birger Höhn

Das Ergebnis der Bundestagswahl lässt uns von Sicht vom Gründer der AG Inklusion, Birger Höhn nur den Schluss zu, daß es nicht weniger, sondern mehr Inklusion gelebt werden muß. Inklusion ist eine Querschnittsaufgabe. Das machen auch die Aufgaben deutlich, die im AG-Folder aufgeführt sind:

Bildung
Arbeit
Wohnen
barrierefreier Bus- und Bahnverkehr
barrierefreie Freizeittätten
Soziales
Freundschaft/Partnerschaft, Sexualität

Von daher sind auch in der Partei alle Mitglieder, die sich in den genannten Themenfeldern engagieren, sehr herzlich zur Zusammenarbeit mit der AG Inklusion eingeladen. Mit den Arbeitsgemeinschaften Bildung, Soziales, sowie mit der bisherigen „Efa“ (geplant auch mit „DIE NEUE“) gibt es eine solche Zusammenarbeit/Austausch bereits. Ein Ausdruck dieser Zusammenarbeit ist u. a. Die Einladung zur gemeinsamen Weihnachtsfeier in der WIR AG am 02.12. Zeitgleich wird auch der Geburtstag von Birger Höhn, der am gleichen Tag ist, gefeiert sowie eine kleine Aktion (Stand/Cafe) zum Welttag der Menschen mit Behinderungen (am 03.12.), wahrscheinlich schon ab 14 Uhr in der WIR AG. Alle sind herzlich eingeladen, vorbeizuschauen!



Foto: Creative Commons CC0

Inhaltlich wird sich die AG im nächsten Jahr mit dem Abbau von Barrieren innerhalb der Stadt sowie außerhalb und natürlich weiterhin mit dem Bundesteilhabegesetz beschäftigen. Zum 01.01.2018 gilt das Budget für Arbeit bundesweit. Budget für Arbeit heißt, das Menschen mit Behinderungen sich Arbeitsassistenzen für ihre Arbeit zur Unterstützung einkaufen können. Und natürlich die Frage, wer zukünftig Träger der Eingliederungshilfe in Sachsen wird – auch eine Tatsache, die durch das sächsische Ausführungsgesetz zum Bundesteilhabegesetz neu geregelt werden muß. Hierzu gibt es einen Antrag der Sächsischen Grüne-Fraktion, zu der am 27.11. eine Anhörung im Sächsischen Landtag stattfindet. In seiner Funktion als Inklusionsbotschafter wird Birger Höhn dazu als Sachverständiger (berufen durch die Sächsische Linke-Fraktion) teilnehmen.

Aktuell beschäftigt sich die AG Inklusion mit der Tatsache, daß die Stadt Dresden die Dresden-Pass Ausgabestellen im Sozialamt der Landeshauptstadt auf der Junghansstraße zusammengeführt hat. Soweit so gut. Aber: Die Ausgabestelle befindet sich nicht direkt im Sozialamt, sondern in einem Container auf dem Hinterhof. Und dieser Container ist nicht barrierefrei. Es sind 2 Stufen davor und eine Rampe offenkundig nicht vorhanden. Es ist absolut unverständlich, wie das in einer Stadt sein kann, die seit 2013 einen kommunalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention hat.

Ein weiterer Bestandteil der AG Inklusions-Arbeit ist daher die Zusammenarbeit mit unseren Mandatsträgern und unserer Sozialbürgermeisterin Kris Kaufmann mit behindertenpolitischen Initia-

tiven, Vereinen usw. So ist Birger Höhn wie bereits erwähnt Inklusionsbotschafter der ISL und Mitglied beim BUMS! (Selbsthilfenetzwerk Behinderung und Menschenrechte in Sachsen). Vor kurzem fand bei deren Tag der offenen Tür Kontaktaufnahme mit dem Dresdner Sehbehinderten- und Blindenverband statt, mit „VIGEDO“ (Gebärdendolmetscher) besteht zur Zeit Kontaktaufnahme wegen möglichen Einsatzes von Gebärdendolmetschern (vorbehaltlich Kostenvorbehalt) bei Stadtparteitagen und den eigenen AG-Treffen.

Höhepunkte des AG-Lebens werden sicherlich auch im nächsten Jahr der 05. Mai (Europäischer Protesttag für Menschen mit Behinderungen), das traditionelle AG-Sommerpicknick sowie der 03.12. (Welttag für Menschen mit Behinderungen) sein, sowie die weitere Zusammenarbeit mit den anderen AG en des Stadtverbandes. Außerdem wird die AG Inklusion nächstes Jahr eine gemeinsame Veranstaltung mit der AG Bildung planen und durchführen. Also, Ihr seht: Es gibt weiterhin sehr viel zu tun! Wer sich da aktiv mit einbringen möchte, ist sehr herzlich eingeladen, sich aktiv an den AG Treffen, in der Regel am 1. Samstag im Monat, von 15 bis 18 Uhr in der WIR AG zu beteiligen. Wir freuen uns auf Euch!

Verleihung des Hans und Lea Grundig Preises 2017

In Erinnerung an die antifaschistischen Dresdner Künstler Hans Grundig (1901–1958) und Lea Grundig (1906–1977) vergibt die Rosa-Luxemburg-Stiftung nunmehr zum dritten Mal die Auszeichnung für künstlerische, kunstwissenschaftliche und kunstvermittelnde Leistungen. Sie führt damit den von Lea Grundig im Jahr 1972 der Universität Greifswald selbst gestifteten, dort aber seit 1996 nicht mehr vergebenen Preis fort. Im Jahr 2012 ging der Preis an den Kunsthistoriker Oliver Sukrow. Im Jahr 2015 wurden die Petersburger Künstlerin Olga Jitlina, die Kuratorin Lith Bahlmann und der Kulturjournalist Matthias Reichelt (beide Berlin) sowie an das von der Architekturtheoretikerin Prof. Dr. Ines Weizman koordinierte Projekt «Aus dem zweiten Leben. Dokumente vergessener Architekturen» der Bauhaus-Universität Weimar ausgezeichnet.

Der Jury des nach erneuter Ausschreibung vergebenen Hans-und-Lea-Grundig-Preises 2017 gehörten als Ko-Vorsitzende die Kuratorin des Jüdischen Museums Frankfurt am Main Dr. Eva Atlan und der Berliner Kunsthistoriker und Kurator Dr. Eckhart Gillen, sowie Dr. Thomas Flierl, Henning Heine, Prof. Ladislav Minarik, PD Dr. Rosa von der Schulenburg, Dr. Angelika Timm, Tanya Ury und Prof. Dr. Ines Weizman an.



«Widerspruch, Widerstand, Migration, Flucht und Exil — immer mehr Menschen leben in mehreren Gesellschaften zugleich und wagen Kunst, die in ihrer Radikalität politisch ist.»

Der Hans und Lea Grundig Preis geht 2017 an:

Heike Ruschmeyer (Berlin)

Afraa Batous (Nürnberg)

Rachel Stern (New York City)

Jüdisches Museum Wien

Mehr Informationen zu Preis und Preisträgerinnen: www.hans-und-lea-grundig.de

Ortsverband West wählte neuen Ortsvorstand

von Uwe Baumgarten

In seiner Mitgliederversammlung, die der Ortsverband Dresden-West am 28. Oktober 2017 in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität in Gorbitz durchführte, stand die Auswertung der Bundestagswahl im Mittelpunkt, die André Schollbach als Fraktionsvorsitzender und Landtagsabgeordneter im Hinblick auf die politische Situation in Dresden und in Sachsen - insbesondere nach dem Rücktritt von MP Tillich - kommentierte. In der anschließenden Diskussion wurde kritisch angemerkt, dass die innerparteilichen Streitigkeiten an der Bundesspitze zwischen Fraktion und Partei aufhören sollen. Die anwesenden Ortsbeiräte berichteten über die Geschichte zur Abstimmung der Bebauung am Leutewitzer Park. Der Leutewitzer Park bleibt zwar so wie er jetzt ist, aber eine Erweiterung wurde nicht erreicht. Hier herrscht Uneinigkeit zwischen einzelnen Ortsbeiräten. Unsere Ortsbeiräte regten an, sich besser vorzubereiten und abzusprechen. Beim Thema „öffentliche Rangelie Bartsch-Wagenknecht vs. Kipping-Riexinger“ beauftragt die Versammlung den neuen gewählten Ortsvorstand darüber zu beraten, ob und wie eine Note (z.B. in Form eines Briefes) an die betreffenden Funktionäre gesendet werden soll. Alter und neuer Vorsitzender des Ortsvorstands ist Uwe Baumgarten, der mit übergroßer Mehrheit gewählt wurde. Ihm zur Seite

stehen Julia Schreiber, Katrin Fleischer, Marlies Goethe, Henning Wittkopf und Jochen Heinz im neuen Ortsvorstand.

Nachtrag der Redaktion:

Wir wünschen unserem Genossen Uwe Baumgarten, der zurzeit noch im Krankenhaus behandelt werden muss, eine bestmögliche Genesung und sind in Gedanken bei ihm und seiner Familie.

Impressum
Herausgeber: DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,
Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,
www.dielinke-dresden.de
E-Mail: Linkslblatt@web.de
V.i.S.d.P. Jens Matthias
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeiter dieser Ausgabe: Ursula Zierz,
Tilo Kießling, Jens Matthias, Silvio Lang,
Jacqueline Muth, Birger Höhn Gerold
Wagner, Sabine Lösing, Uli Reinsch

Fotos: DIE LINKE, pixelio.de,

Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH,
Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare

Ein europäischer Rüstungshaushalt im rechtsfreien Raum

von MdEP Sabine Lösing und Jürgen Wagner

Der Weg, sich als globaler Akteur in der Riege der Großmächte zu etablieren, führt für die EU nur über den Aufbau eines schlagkräftigen Militärapparats, so zumindest die aktuell vorherrschende Sichtweise in Brüssel.

Allerdings wurde dessen Ausbau viele Jahre lang von Großbritannien aus Sorge um seine militär- und machtpolitische Befreiheit blockiert. Dies erklärt auch, weshalb der bevorstehende Brexit von vielen Militärpolitiker*innen eher als Chance denn als Problem begriffen wird.

Tatsächlich ging es nach dem Referendum Schlag auf Schlag: Unter deutsch-französischer Führung und auf Grundlage einer neuen Globalstrategie (EUGS) wurde eine Reihe von Initiativen vorangetrieben, die bislang von Großbritannien blockiert worden waren. Doch seit dem Referendum scheint die Kommission bereit, „sich in einem bisher nicht gekannten Ausmaß in der Verteidigung zu engagieren (...) mit dem Ziel, eine Verteidigungsunion aufzubauen.“ Das Kronjuwel dieses militaristischen Maßnahmenpakets soll die erstmalige Einrichtung eines milliarden-schweren EU-Rüstungshaushaltes werden. Von den vielen Problemen, die das Vorhaben aufwirft, soll im Folgenden vor allem der Frage nachgegangen werden, ob der „Europäische Verteidigungsfonds“ (EVF) überhaupt legal ist.

Ende November 2016 legte die Kommission mit dem ‚Verteidigungs-Aktionsplan‘ dann auch erste Details für



Panzerhaubitze der Bundeswehr beim Natomanöver in Litauen © Bundeswehr (CC BY-ND 2.0)

den EU-Rüstungshaushalt vor. Darunter fand sich der Vorschlag, im nächsten EU-Haushalt (2021 – 2027) jährlich 500 Millionen Euro für EU-Rüstungsforschung und satte fünf Milliarden Euro für die Beschaffung von Rüstungsgütern auszuloben – zusammen also 38,5 Milliarden Euro. Im Juni 2017 wurden weitere Einzelheiten veröffentlicht: Der Start des EVFs soll auf 2019 vorverlegt und bis einschließlich 2020 der Betrag von 2,59 Milliarden Euro bereitgestellt werden. Danach soll es bei den beschriebenen 5,5 Milliarden Euro jährlich bleiben, wovon jedes Jahr 1,5 Milliarden aus dem EU-Haushalt und der Rest von den Mitgliedstaaten stammen sollen. Die Kommission legte gleichzeitig einen entsprechenden Verordnungsvorschlag vor, der 2018 von Parlament und Rat verabschiedet wer-

den soll. Damit wäre dann der Weg frei, um den de facto Rüstungshaushalt unter folgendem Titel einzuführen: „Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich zwecks Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und der Innovation in der Verteidigungsindustrie der EU“.

Bereits der Titel hält fest, dass ein Kernanliegen des EVF die Förderung der Wettbewerbs- und damit Exportfähigkeit der hiesigen Rüstungsindustrie darstellt. Dahinter steckt aber – und das ist für die unten behandelte rechtliche Bewertung des Vorhabens zentral – das übergeordnete Ziel, hierdurch die militärische Schlagkraft der EU zu „verbessern“. Dies soll einmal erreicht werden, indem der von der Kommission diagnostizierten Unterfinanzierung

des Rüstungssektors mittels des EVF entgegengewirkt werden soll. Daneben sollen mit dem EVF ausschließlich länderübergreifende Rüstungsprojekte finanziert werden, was wiederum Effizienzsteigerungen durch die Bündelung des Rüstungssektors auslösen soll.

Ob sich die prognostizierten Einsparpotenziale auch nur ansatzweise realisieren lassen, bleibt abzuwarten. Bisherige Erfahrungen mit länderübergreifenden EU-Rüstungsprojekten lassen zumindest erhebliche Zweifel aufkommen. Doch einen Ausbau des Militärapparats dürften die wenigsten Bürger*innen als probates Mittel erachten und es ist geradezu gefährlich, wenn versucht wird, dies als sinngebendes „EU-Integrationsnarrativ“ zu etablieren.

Programmhinweis

Mittwoch, 6. Dezember 2017

18.00 Uhr

Kritische Theorie, populistische Praxis?

Zur Kritik und Ambivalenz rechts- und linkspopulistischer Krisenreaktionen

Mit Felix Schilk (TU Dresden) und Dr. Tino Heim (Sozialwissenschaftler)

TU Dresden, HSZ, Bergstraße 64, 01069 Dresden

Die sich zuspitzenden multiplen Krisenkonstellationen haben in den letzten Jahren EU-weit zu einem Anwachsen rechter und linker Protest- und Empörungsbewegungen geführt. Entgegen aller Hoffnungen, dass Gesellschaftskritik damit endlich wieder eine unmittelbare Relevanz für praktische Kämpfe gewinnen könne, bietet aber gerade auch der Linkspopulismus kaum adäquate Perspektiven der Analyse, Bearbeitung oder gar Überwindung der Krisenursachen. Er erweist sich vielmehr selbst als Ausdruck tiefgreifender gesellschaftlicher Widersprüche und Krisen. Das geteilte Problem eines hier sichtbar werdenden Verfalls des gesellschaftskritischen Denkens soll in der letzten Sitzung der Reihe aus zwei verschiedenen und teilweise kontroversen Perspektiven sondiert und gemeinsam diskutiert werden.

Eine gemeinsame Vortrags- und Diskussionsreihe des Referates politische Bildung (StuRa der TU Dresden) und der RLS Sachsen

Mittwoch, 24. Januar 2018

19.00 Uhr

Wie tickt der Osten?

Eine Erkundung von Enttäuschung, Entzug und Empörung

Mit Prof. Dr. Raj Kollmorgen (HS Zittau, Fakultät für Sozialwissenschaften,

Direktor des Instituts für Transformation, Wohnen und soziale Raumentwicklung)

WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21, 01099 Dresden

Mehr Informationen auf sachsen.rosalux.de // info@rosalux-sachsen.de

ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG
SACHSEN



Mitte Januar 2018 wird die neue Ausgabe von **Klar, die Zeitung der Bundestagfraktion**, erscheinen. Allen unseren ehrenamtlichen Zeitungsverteilern möchten wir auf diesem Weg ein herzliches Dankeschön für ihre beständige Arbeit übermitteln.

Clara, das Magazin der Bundestagsfraktion, wird Mitte Dezember 2017 ausgeliefert.

Steuergerechtigkeit
Vom Konzept der Fraktion DIE LINKE profiliert die Mehrheit der Bevölkerung

Protestbewegung
Börsen-Melancholien und Mieter wehren sich gegen einen Immobilienkonzern

Kapitalismuskritik
Juan Ziegler über die tiefen der G20 und Alternativen zu Hunger und Krieg in der Welt

clara.
Das Magazin der Fraktion
DIE LINKE, im Bundestag Nr. 44-2017

